

28. Feb. 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/41

Bonn, den 26. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Heraus aus dem Chaos ! ----- Zur 3. Verkehrskonferenz der SPD in Bad Godesberg	48
2 - 3	Bonner Koalition verzögert den "Goldenen Plan" des Sports ----- "Goldene Worte" Adenauers wurden ignoriert Von Max Seidel, MdB	62
3	Die Entführung ----- Spielten wieder einmal "alte Kameraden" mit ?	30
4 - 5	Bewährungsprobe für Kennedys "Großes Programm" ----- Teiltrübschläge in Europa, Teilerfolge in Lateinamerika Von unserem Korrespondenten in den USA	95
6	Ausländerstudium und "Hausordnung" ----- Bemerkungen zu einem aktueller Thema Von Dr. Paul Kübler, MdE	46

-----  
Chefredakteur Günter Markscheffel

Heraus aus dem Chaos !  
-----

Zur 3. Verkehrskonferenz der SPD in Bad Godesberg

sp. Allzuoft wird der Eindruck erweckt, als sei der Versuch, Vorschläge für die Lösung der Verkehrsprobleme in Gegenwart und Zukunft auszuarbeiten, ausschließlich eine Aufgabe für Experten. Das ist ein großer Irrtum. Noch vor dreißig Jahren betrachtete man die Verkehrsprobleme mehr oder weniger als Teilaufgaben größerer oder kleinerer Gemeinwesen. Heute dagegen sind a l l e Verkehrsprobleme miteinander verflochten; sie bilden ein Ganzes, und können nur noch im Rahmen einer großzügigen Gesamtkonzeption der Organisation unseres täglichen Lebens gesehen werden. Geradezu idyllisch muten die Satansätze für Straßenbau und Ähnliches in den Zeiten unserer Großväter an. Heute wird von Milliarden gesprochen, wenn irgendein Verkehrsproblem in Erscheinung tritt.

Die Wohlfahrt der Menschen im kleinsten Dorf unseres Landes hängt unmittelbar davon ab, ob die Verkehrsprobleme vernünftig angepackt werden. Dabei geht es nicht allein um die Versorgung unserer Dörfer und Städte, nicht nur um Sauberkeit, Schnelligkeit und Gesundheit! Sogar das Bildungswesen ist heute zum Teil von der richtigen Organisation des Verkehrs abhängig. Man denke nur an die vielen Schüler, die wegen schlechter Verkehrsverhältnisse häufig mehrere Stunden am Tage in Omnibussen oder in der Eisenbahn verbringen müssen. Man denke an den jetzt überall in Angriff genommenen Bau von modernen Mittelpunktschulen, die zu erreichen nur mit Hilfe einer großzügigen Verkehrsregelung möglich sein wird.

Die moderne Industriegesellschaft mit ihrem Pendlerverkehr, der Millionen Arbeitnehmer zur Bewältigung von Strecken bis zu 100 Kilometern täglich zwingt, die Ausbreitung der Städte ins Grüne, die ebenfalls Millionen Menschen zu täglichen Verkehrsteilnehmern werden läßt - alles das muß heute und morgen in eine vernünftige Planung eingefügt werden, ohne die man das allgemeine Verkehrschaos nicht Herr werden wird.

Zu einem großen Teil ist natürlich die Bewältigung aller damit in Zusammenhang stehenden Aufgaben ein Finanzproblem. Aber auch hier handelt es sich darum, das gegenwärtige Chaos zu überwinden, die finanziellen Lastenträger entsprechend der Schwäche oder Stärke ihrer Schultern richtig an das Ganze einzuordnen und auf längere Sicht Vorstellungen zu entwickeln, die technisch und finanziell den Möglichkeiten von heute und morgen entsprechen.

Zum dritten Mal hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands jetzt in Bad Godesberg der interessierten Öffentlichkeit und zahlreichen Fachleuten des In- und Auslandes Gelegenheit geboten, zu den ungelösten Verkehrsproblemen Stellung zu nehmen. Die SPD betrachtet auch die Lösung der Verkehrsprobleme als eine der großen Gemeinschaftsaufgaben, deren Bedeutung heute nicht mehr ignoriert werden kann.

Mit ihrer Veranstaltung greift die SPD jedoch über den Bereich der Bundesrepublik hinaus; sie hat ihrer Tagung in Bad Godesberg als zweiten Titel das Wort: "Der Weg nach Europa!" gegeben. Damit wird angedeutet, daß die internationale Verflechtung des Verkehrswesens heute und morgen auch der Bundesrepublik Aufgaben stellt, die sie mutig anpacken muß, wenn sie im besten Sinne "europäisch" handeln will.

## Bonner Koalition verzögert den "Goldenen Plan" des Sports

Von Max Seidel, MdB

Vor Jahren hat die Deutsche Olympische Gesellschaft den "Goldenen Plan" für den deutschen Sport entwickelt. Die Bundesregierung, die Länder und die Gemeindeverbände waren von der Notwendigkeit der Durchführung des Planes überzeugt. Nach diesem Mehrjahresplan soll der große Nachholbedarf an Turn- und Sportstätten bewältigt werden. Über die anteilige Finanzierungsverpflichtung dieser wichtigen gesundheitsfördernden Maßnahme hatten sich Bund, Länder und Gemeinden grundsätzlich geeinigt.

Für den Bund war vorgesehen, daß, von einem 30 Millionen DM-Ansatz im Haushalt ausgehend, der Betrag jedes Jahr um mindestens 10 Millionen bis zu 85 Millionen DM angehoben wird, um dann mehrere Jahre diesen Betrag für den Bau von Sport- und Turnstätten zur Verfügung zu stellen. Erfreulicherweise haben die Länder sich dieser allgemeinen Finanzsicherung des "Goldenen Plans" angeschlossen und die jährlichen ansteigenden Anteile in ihren Haushalten eingesetzt. Anders der Bund: er hinkt nach, ja er bleibt beharrlich auf dem Ansatz von 1962 stehen, obwohl schon damals die eingesetzte Summe hinter den Erwartungen zurück geblieben ist.

Ungerührt und einsichtslos blieben die Koalitionsvertreter gegenüber den Argumenten der SPD im Haushaltsausschuß, als der Titel "Spitzenfinanzierung für den Bau von Turn- und Sportstätten" beraten wurde. Die SPD hatte beantragt, den Ansatz im Rechnungsjahr 1963 von 30 Millionen DM um 10 Millionen DM auf 40 Millionen DM zu erhöhen. Der Antrag verfiel der einmütigen Ablehnung aller CDU/CSU und FDP-Vertreter. Es ist gewiß reiner Zufall, wenn die Regierungsparteien den Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Herrn Willy D a u m e davon leider nicht telegrafisch unterrichteten.

Von besonderem Reiz sind die ablehnenden Begründungen:

- \* Die überhitzte Baukonjunktur verbietet den verstärkten Bau der Turn- und Sportstätten.
- \* Die Gemeinden sollten nicht so aufwendige Schulbauten erstellen, dann hätten sie mehr Mittel für die Sportstätten zur Verfügung.
- \* Die Länderkassen haben sich in den letzten Jahren besser angefüllt als die Bundeskasse, daher muß der Bund in diesem Falle kurz treten.
- \* Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sollte ihre anlegungsbedürftigen Gelder in diese Aufgabe stecken.
- \* Die Empfehlungen der Deutschen Olympischen Gesellschaft können für den Bund keine Verpflichtung sein.
- \* Der Ansatz von 30 Millionen DM sollte künftig nicht weiter ansteigen.

Nach diesen abweisenden Worten waren die "goldenen Argumente" für den "Goldenen Plan" des Sports, gegeben von Bundeskanzler Dr. Adenauer, den verantwortlichen Parteichefs der CDU/CSU und FDP zum Antrag der SPD in das Gegenteil verdreht worden. Für die Bonner Koalitionsparteien,

das zeigte die Debatte und Entscheidung im Haushaltsausschuß, besteht die Unterstützung des Sports vorrangig in den wortreichen Ansprachen bei feierlichen Anlässen großer Sportfeste und Sporttagungen, der ernsthaften zielstrebigen Sportförderung der Millionen umfassende großen Sportgemeinden versagen sie sich. Dieses Versagen wird nicht dadurch ausgeglichen, daß man sich bereit fand, gemeinsam mit der SPD den Ansatz für die Vorbereitung der Olympischen Spiele in Innsbruck und Tokio 1964 von 200 000 DM auf 400 000 DM im Haushaltsausschuß zu erhöhen. Das ist zwar sehr wichtig gewesen, aber gegenüber der eigentlichen gesundheitspolitischen Aufgabe für unser Volk, die echten Voraussetzungen zur sportlichen und spielerischen Betätigungen auf Massenbasis zu schaffen, ist man abweisend, kleinlich und konservativ geblieben. Bei der zweiten Lesung des Haushalts 1963 wird im Bundestag mehr darüber zu sagen sein.

+ + +

### Die Entführung

Spielten wieder einmal "alte Kameraden" mit ?

sp - Wieder einmal ist jemand entführt worden. Diesmal angeblich aus München. Nach seinen eigenen Angaben holte "man" ihn aus einem Münchener Hotel, schlug ihn nieder und schaffte ihn über die französische Grenze nach Paris. Dort wurde der Mann wie in einem guten Kriminalroman "fachgerecht" der Polizei übergeben. Es handelt sich um den zum Tode verurteilten ehemaligen OAS-Führer Argoud, der ganz offensichtlich von seinen Konkurrenten auf diese Weise gekidnapet wurde. Auch in anderen europäischen Ländern soll sich ähnliches schon ereignet haben, nur mit dem Unterschied, daß "höchste Stellen" persönlich das Telefon in Anspruch nahmen und die offizielle Polizei eingeschaltet wurde.

Jetzt wird fieberhaft untersucht; in Paris und München. In Paris will man wissen, ob Argoud die Wahrheit gesagt oder Märchen erzählt hat. In München dagegen versucht man festzustellen, ob auf deutschem Boden eine französische Untergrundorganisation Gangster spielt oder ob gar zwischen den französischen Gangstern und gewissen deutschen Dienststellen Verbindungen bestehen. So ganz von der Hand zu weisen ist das nämlich gar nicht, denn mehr als einmal mußte man in letzter Zeit hören daß "alte Kameraden", die sich während der Hitlerzeit kennengelernt hatten, hier und dort noch immer in Schlüsselpositionen sitzen. Der "Fall Saevecke" spricht eine beredete Sprache.

München ist eine prächtige Stadt, aber schon seit langes weiß man, daß dort die Fäden zahlreicher rechtsgerichteter Emigrantenorganisationen zusammenlaufen, daß dort "Kommandostäbe" existieren, von denen "Befehle" ausgehen und auch durchgeführt werden. Als seinerzeit die französischen Generale in Algerien putschten und auch einige in der Bundesrepublik stationierte hohe französische Offiziere mitspielen wollten - aber schließlich nicht konnten - gingen gewisse Verbindungen über Baden-Baden nach München und schließlich nach Tirol. So ganz märchenhaft klingt also die Erzählung des in Paris abgelieferten früheren OAS-Chefs Argoud nicht.

+ + +

## Bewährungsprobe für Kennedys "Großes Programm"

Von unserem Korrespondenten in den USA

Im Weissen Haus in Washington häufen sich die Konferenzen der führenden Fachmänner und Berater Präsident Kennedys auf aussenpolitischem Gebiet. Wochenlang hielten sich die amerikanischen Botschafter in London, Bonn und Rom, Bruce, Dowling und Reinhardt, zur Berichterstattung und Konsultation in Washington auf, und nahezu täglich sammelte sie der Präsident zur Lagebesprechung um sich, - und mit ihnen seine beiden Sonderbeauftragten für Europa, Herter, der Mann für die neuen Handelsvertragsfragen, und Merchant, den routinierten alten Diplomaten, der die Atomwaffenkrise in der NATO lösen soll. Dazu kamen die Männer vom State Department, Dean Rusk und George Ball sowie der Ostasienexperte des Departements, Harriman; dazu kam Kennedys eigener privater "Neben-Aussenminister", McGeorge Bundy, und schließlich als konsultierte Aussenseiter Leute wie Rusks Vorgänger Acheson und Kennedys Vertrauensmann Nummer Eins, sein Bruder, Justizminister Robert Kennedy.

### Gründliche Prüfung aller Elemente

Die Serie von Marathonbesprechungen begann nach der Krise in der EWG, mit dem Scheitern der Verhandlungen über den Beitritt Englands zur EWG, aber inzwischen haben die Besprechungen auch schon viele andere Themen erfaßt. Verächtweise behauptete man, der Präsident stehe vor einem gründlichen Kurswechsel seiner gesamten Aussenpolitik, doch haben sich diese Erwartungen bisher noch nicht bestätigt. Richtig scheint aber doch zu sein, daß die weiträumige Planung, die Präsident Kennedy sein "Grand Design" genannt hatte, sein "Grosses Programm", einer gründlichen Prüfung und wahrscheinlich auch einer kräftigen Teilrevision unterzogen wird, und daß man noch nicht ganz klar sieht, was dabei herauskommen wird.

### Kennedy und de Gaulle

In den letzten Januartagen hatte man vielfach dem Präsidenten empfohlen, de Gaulle für seine neue anti-angelsächsische Politik zu "bestrafen". Zum Beispiel durch Abruf der amerikanischen Truppen aus Europa, durch Ausscheiden aus allen Entwicklungshilfs-Aktionen in den jungen afrikanischen Ländern der ex-französischen "Communauté", durch betontes Herandrücken an England und die übrigen EWG-Länder, die man jetzt unter dem globalen Namen "die freundlichen Fünf" zusammenfaßt. Der Präsident ließ sich jedoch nicht von diesen übereilten Ratschlägen mitreißen.

### Leicht verschärfter Wind aus Washington

Andererseits ist aber doch ein gewisser neuer und leicht verschärfter Wind aus Washington zu spüren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Br- Folge, die der Präsident in Kuba durch seine beharrlichen Noten an Khruschtschow errungen hat und die Schritt für Schritt die sowjetischen Militärposten wieder über den Ozean zurückholten, selbstbewußter und selbstsicherer geworden ist und dies nicht nur die Gegenspieler im Osten, sondern gelegentlich auch seine Verbündeten und Freunde merken läßt; vor allem, wenn sie seine Politik und seine Planung so offen durchkreuzen, wie de Gaulle das im Januar getan hat. Auch der kanadische Ministerpräsident Liefenbaker, der die amerikanischen Angebote zur gemeinsamen Verteidigung des nordamerikanischen Kontinents an der "Arktischen Eingangsporte" zurückwies, hat das sehr deutlich zu spüren bekommen.

### Teilelemente einer Neuorientierung

Das alles ist natürlich noch keine neue Politik und noch keine "neue Planung", aber Teilelemente einer solchen Neuorientierung liegen doch eben schon vor. Die peinliche Entwicklung, daß unter Präsident Kennedys Führung (und nach dem direkten Zusammenstoß mit Moskau in Kuba) Amerika gleichsam aus der atlantischen Allianz herausgewachsen und für ein rein regionales Bündnis buchstäblich zu groß geworden ist, hat zunächst einmal dazu geführt, daß Präsident Kennedy offiziell und beharrlich verkündet, Spannungsherd Nummer Eins im "Kalten Krieg" sei jetzt Südamerika geworden, und dorthin erstrecke sich die amerikanische Aufmerksamkeit jetzt in erster Linie. Bei dem Besuch von Präsident Romulo Betancourt von Venezuela, dem großen Musterstaatsmann Lateinamerikas, dem großen Demokraten, Sozialreformer, Fortschrittsmann und Castro-Gegner, hat sich diese These des Mannes im Weißen Haus deutlich erhärtet.

#### Die "freundlichen Fünf"

In Europa will der Präsident, vorsichtig und zurückhaltend, auf mehreren Ebenen operieren. Er will zunächst versuchen, die "Freundlichen Fünf" freundlich zu halten - und vor allem ein Abweichen der Bonner Politik von der bisherigen Linie und eine Re-Orientierung im Sinne de Gaulles verhindern. Er will zweitens versuchen, für die unmittelbaren und konkreten Bedürfnisse der britischen Wirtschaft Notventile zu schaffen, z.B. durch einseitige amerikanische Zollkonzessionen an England, um den Londoner Freunden nach den Brüsseler Ereignissen noch die zusätzliche Pein einer Handelskrise zu ersparen.

#### Diskreter Wink für Paris

Er hat ferner de Gaulle einen diskreten Wink des Einlenkens geboten. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß Frankreich von den Amerikanern eine größere Menge Plutonium erhält, das es für seine Atomenergie-Produktion braucht, wenn es freilich auch nur für die Zivilproduktion verwendbar ist und nicht für die militärische. In der Vergangenheit war die Ablehnung atomaren Beistandes der Amerikaner an Frankreich einer der großen Steine des Anstosses im Weltbild de Gaulles.

Die kommenden Wochen werden ferner vermehrte Aktivität auf dem komplizierten und heiklen Gebiet der Polaris-Waffe für die NATO sehen. Kennedy ist anscheinend bereit, dem europäischen Wunsch nach multilateralen atomarer Verantwortung und Mitwirkung im Rahmen der NATO einige Schritte entgegen zu kommen. Aber wie weit, und in welchen Formen, und mit welcher Kompetenzaufteilung für die berühmte "Hand am atomaren Drückknopf" das steht noch nicht fest. Merchant wird darüber jetzt in Europa Gespräche führen, und eine Entscheidung ist kaum vor der großen NATO-Konferenz im Mai in Ottawa zu erwarten, wenn nicht gar noch sehr viel später.

#### Sticht die "Karte der Entspannung"?

Zum Schluß soll man nicht vergessen, daß das Weiße Haus nach wie vor energisch auf die Karte einer allmählichen "Entspannung" setzt! Auch in dieser Hinsicht ist Präsident Kennedy seit Kuba selbstbewußter geworden. Er glaubt, daß er Chruschtschow in eine Entspannungs-Phase hineinmanövrieren kann, und daß der Westen dafür keinerlei Konzessionen von Prinzip und Gewicht - etwa in Berlin - zu bringen braucht. In diesem Sinne ist es verständlich, daß er nirgends neue Komplikationen herbeiführen will. Deswegen wird er in den innerhalb der westlichen Welt aufgetauchten Konflikten eher leise treten und eher freundlicher Brückenbauer als rachsüchtiger Prinzipienreiter sein. Brückenbau ist es, was er in der nächsten historischen Phase vor hat; und obwohl noch unzählige Einzelheiten im Gesamtbild fehlen, wird man ungefähr doch mit einer solchen Marschroute Washingtons in nächster Zukunft rechnen dürfen.

Ausländerstudium und "Hausordnung"

Von Dr. Paul Kübler, MdB

Studentenunruhen in Ostblockstaaten, geführt von Studenten aus Entwicklungsländern, haben im Westen bei vielen eine gewisse Schadenfreude ausgelöst. Der Osten erhält jetzt eine ähnliche Quittung, wie sie Europa und Amerika vor zwei Generationen von den Ostasiaten erhielten oder wie sie England noch heute teilweise von den Afrikanern erhält. Auch Frankreich machte mit Studenten aus Indochina und Nordafrika die gleiche Erfahrung, daß die Führer und Bahnbrecher für die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit der jungen Völker die Besonderheit und Eigenart ihrer Heimat erst im Ausland kennengelernt hatten. Die Hochschulen des Westens haben diese Erfahrung der östlichen voraus. Ihnen ist nach der Phase der Auseinandersetzung eine neue Form wissenschaftlicher Zusammenarbeit gelungen. Die von den westlichen Traditionen nicht belasteten Ostasiaten konnten häufig meist allerdings erst in der zweiten Generation - besonders in neuen wissenschaftlichen Kombinationen, die die Grenzen eines Faches sprengten, Hervorragendes leisten. Mehrere Nobelpreise für Japaner und Chinesen bestätigen das.

Zieht die deutsche Hochschule in den Studenten aus den Entwicklungsländern sich künftige Konkurrenten heran oder Mitarbeiter, die später auch unser wissenschaftliches Leben befruchten?

Die Hochschule in Deutschland war immer eine Kombination zwischen der aus dem Erbe der Antike gewachsenen kulturellen Tradition und dem wissenschaftlichen Erarbeiten eines Fachwissens. Der Student aus den Entwicklungsstaaten verzichtet aber sehr oft auf die traditionelle Kultur und wählt dafür häufig zwei wissenschaftliche Disziplinen, die wir nie miteinander kombinieren. Diese Studenten ballen sich ausserdem auch noch an einzelnen Universitäten oder Fakultäten. Der Bundesdurchschnitt ausländischer Studenten beträgt an den Universitäten etwa 7 Prozent, in Heidelberg aber 13 Prozent, an technischen Hochschulen 15 Prozent, in Aachen aber schon 20 Prozent. Die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim hat sogar über 30 Prozent Ausländer.

Während der deutsche Student einen grossen Teil seiner Zeit für das Miterleben kultureller Erscheinungen benötigt und Ferien und Freizeit zur Erweiterung seines Bildungshorizonts braucht, benutzen Studenten aus Entwicklungsländern diese Zeit teilweise zu einem weiteren Erarbeiten von Fachwissen oder zu Betätigungen, die uns politisch nicht immer angenehm sind. Dass in der gegenwärtigen Hochschulkrise von dem Verhalten der Ausländer ein Druck auf das der einheimischen Studenten ausgehen kann, ist keineswegs ausgeschlossen, aber es wäre völlig falsch, diesem Verhaltensdruck mit einer Einengung der Freiheit zu begegnen. Nur durch das Wagnis der Freiheit gewinnen wir zukünftige Partner, die auch uns geistig etwas zu bieten haben. Wenn aber eine Institution, die junge Afrikaner in der Bundesrepublik betreut, in ihrer Hausordnung Karl Marx verbietet und Zuwiderhandelnde nach Afrika zurückbefördert, so ist das unter anderen Vorzeichen die gleiche Einengung, gegen die im Ostblock die Studenten rebellierten.